

in Erwägung, daß, wenn auch anzunehmen ist, daß die in den §§. 2, 3, 4 des Gesetzes vom 17. Juli 1881 R.-G.-Bl. S. 247. betreffend die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze, ebenso wie die in den §§ 134, 135, 155 Vereinszollgesetzes vorgesehene Einziehung der contrabandirten bezw. defraudirten Gegenstände eine Vermögensstrafe ist, das Gleiche auch bezüglich der statt derselben zu erkennenden Erlegung des Werthes gelten muß, die letztere dennoch den Begriff einer erkannten Geldstrafe, wie solche für den Kostenanlaß maßgebend sein soll, um deshalb nicht erfüllt, weil jener Werthserfaß immer nur an die Stelle der Einziehung treten soll, die Einziehung selbst also in erster Reihe die in Betracht zu ziehende Strafe ist, diese aber im §. 62 l. c. als eine für die Kostenberechnung maßgebende Strafe überhaupt nicht aufgeführt wird,

in Erwägung, daß eine Gleichstellung des Werthserfaßes mit der Geldstrafe in Bezug auf die Kostenberechnung zu dem unhaltbaren Resultate führt, daß, wenn auf „Einziehung“ unmittelbar erkannt wird, dieselbe bei dem Kostenanlaß unberücksichtigt bleiben müßte, da solche eine Geldstrafe zweifellos nicht darstellt, der Werthserfaß der einzuziehenden Gegenstände aber den Kostenfaß zum Nachtheile des Kostenpflichtigen beeinflussen würde,

in Erwägung, daß der aus den §§. 27 flg. des Strafgesetzbuchs zu entnehmende Begriff der „Geldstrafe“ des §. 62 l. c. auch um deshalb für die Werthserfaßsumme nicht zutrifft, weil letztere entgegen der Bestimmung des §. 28 Strafgesetzbuchs im Falle der Unbeitreibbarkeit in Freiheitsstrafe nicht umgewandelt werden darf, wie dies in Bezug auf das Vereinszollgesetz auch vom preussischen Ober-Tribunal in dem Erkenntniß vom 3. Januar 1874, Oppenhoff, Rechtsprechung Bd. 15, S. 13, angenommen ist und rücksichtlich der Strafbestimmung des §. 335 Strafgesetzbuchs, wonach in den dort aufgeführten Bestrafungsfällen im Urtheile das Empfangene oder „der Werth desselben“ für dem Staat verfallen erklärt werden soll, auch in der Literatur angenommen wird,

in Erwägung, daß sämtliche Gesetze die an Stelle der Ein-

ziehung den Werthserfaß treten lassen, letzteren niemals als Geldstrafe bezeichnen, sondern überall vorschreiben, auf „Erlegung des Werthes“ der Gegenstände zu erkennen — Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1879 §§. 147, 155, Gesetz vom 17. Juli 1881 §. 4, Gesetz vom 1. Juli 1869, betreffend die Sicherung der Zollvereinsgrenze, Art. 6, Salzsteuergesetz vom 9. August 1867 §. 11, preussische Ges.-Sammel. S. 1320 u. a. —

in Erwägung, daß dagegen dem in der Eingabe vom 23. Mai 1891 in Bezug genommenen § 75 des Gerichtsfeistengesetzes, der für das Verfahren in den Fällen des §§. 477 bis 479 Strafprozeßordnung in jeder Instanz nur eine Gebühr von 5 Mk. festsetzt, für die vorliegende Frage kein Einfluß zuzugestehen ist, weil in Uebereinstimmung mit den Motiven zu §. 67, jetzt §. 75 — Druckfachen des Reichstags II. Session 1878, Nr. 76, S. 94 —, dort „der Regel nach ein Kostenpflichtiger überhaupt nicht vorhanden ist“ und eine Gebührenerhebung nur für diejenigen Fälle vorgesehen ist, wenn „Beschlagnahme-Interessenten (Strafprozeßordnung §. 478)“, also Personen, gegen die eine Strafe nicht verhängt worden, „die Kosten eines Rechtsmittels (Strafprozeßordnung §. 505) oder auch Kosten erster Instanz auferlegt werden“,

in endlicher Erwägung, daß der Beschluß des Reichsgerichtes, III. Strafsenats, vom 5. Januar 1889, Entscheidungen Bd. 18, S. 369, nicht entgegensteht, da dort nur die Frage zur Entscheidung vorlag, ob, wenn die Revision gegen ein Defraudations-Geldstrafen und Werthserfaß aussprechendes Urtheil sich nur gegen den Werthserfaß richtet, für die Kostenberechnung der Revisionsinstanz demnach die Höhe der erkannten Defraudationsstrafen zu berücksichtigen, nicht aber, ob auch der Betrag des Werthserfaßes der Kostenberechnung zu Grunde zu legen ist,

beschlossen:

die Erinnerung der Angeklagten M. und W. gegen den Kostenanlaß in der Revisionsinstanz für begründet zu erklären und den in Höhe von 6115 Mk. 42 Pf. an Stelle der Einziehung erkannten Werthserfaßbetrag bei der Kostenberechnung außer Berücksichtigung zu lassen.

## Verschiedenes.

### Kleine Mittheilungen.

Aus Grefeld wird geschrieben: Das Schöffengericht verurtheilte den Bierbraner B., der zur Vereinnung von sog. Frischbier Bierconleu ohne Anmeldung verwendet hatte, zu 30 Mk. Strafe, Ein früherer Branergeresse des B. hatte der Steuerbehörde angezeigt, daß B. mehr Malzschroot vermaische, als er bei der Steuerbehörde deklarirt habe. Die bei B. beschäftigten Gesellen und Arbeiter bekundeten heute eidlich, daß dies auf Wahrheit beruhe. B. wurde deshalb zu einer weiteren Geldstrafe von 998 Mk. verurtheilt.

Aus Münster i. W. wird geschrieben: Wegen Einschwarzens von 1387 Mg. Kaffee aus Holland wurde der Kaufmann K. in Anholt von der hiesigen Strafkammer zu 5539 Mk. Strafe und Steuernachzahlung verurtheilt. K. bezog Kaffee in Ballen aus Rhinwegen und Utrecht. Die Waare wurde mit der Bahn bis zur Grenzstation Empel gebracht und von dort in Wagen mit doppeltem Boden nach Anholt geschafft.

Ist ein Pferd anhaltend störrisch und widerspenstig, so heilt man es vielfach auf folgende Weise: Man stellt es im Stalle mit dem Hintertheile der Krippe zu, nachdem in diese zuvor Futter gethütet und Heu in die Kausse gesteckt worden ist. So läßt man es längere Zeit, bis zu zwei Tagen stehen, ohne daß es fressen oder sich niederlegen darf. Es muß stets jemand dabei sein, der es sofort wieder aufreibt, sobald es Miene zum Ausruhen macht. Wird ein so behandeltes Pferd nach 48 Stunden herausgeführt, so zittert es am ganzen Leibe und ist launisch.

### Personal-Nachrichten.

#### Vorläufige Nachrichten.

Berlitten: dem Regierungsassessor, Oberzollinspector Perrose zu Neustadt i. S. die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuerdirection zu Danzig;

der rothe Adlerorden 4. Kl. den Steuereinnehmern I. Schlemm zu Rheinberg (Kreis Mörs), Rien zu Bodenteich (Kreis Uelzen), Kaeje zu Alrweiler und Bölln zu Widern (Kreis Merzig); der Königl. Kronenorden 4. Kl. dem Steuerinspector Weniger in Torgau, den Hauptamtsassistenten Buchbinder in Aachen und Schaul zu Königsberg i. P., dem Nebenzollamtsassistenten Dresch zu Elken (Kreis Reck), und dem Zolleinnehmer II. Wittig zu Beeze (Kreis Geldern);

versetzt: die Regierungsräthe Dr. Runde zu Münster und Dr. Felix Schmidt zu Danzig in Stellen von Mitgliedern der Provinzial-Steuerdirection zu Hannover bezw. Münster;

gestorben: der Geh. Rechnungsrath a. D. Krüger in Potsdam.

### Brenken.

#### Veränderungen in den Stellenbesetzungen.

Es sind

in der Provinz Ostpreußen

befördert oder versetzt: die Hauptamtsassistenten I. von Norrmann in Eydtkuhnen als Oberkontrollassistent nach Stallupönen und 2. Wege in Friedland in gleicher Eigenschaft nach Eydtkuhnen, 3. der Zollamtsassistent Golchert in Schmalenigken zum Hauptamtsassistenten in Friedland, 4. der Hauptamtsassistent Bagusch in